

Bezugspreis:
Vierteljährlich 1,65 — M., monatlich 55 — Pf.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 85 — Pf., einjährig 1,00 — M.
Bestellungsgebühren: Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-
gebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg
60 — Pf., für das übrige Ausland
85 — Pf. Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Portugal, Rußland, Schweden, Oesterreich,
Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Zeit und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kriegeraten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Normzeile
lehrt 15 — Pf. — Reklamezeile 80 — Pf. —
„Kleinanzeigen“ das fertige
Wort 4 — Pf. (zulässig zwei fertige
Wörter), jedes weitere Wort
3 — Pf. Stellengedächte und Schlo-
ßstellenanzeigen das erste Wort 2,50 Pf.,
jedes weitere Wort 2 — Pf. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Wörter. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Gilt 3 — Pf.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 22. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Internationale in Köln.

Köln, 22. Mai. (PM.) Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale tagte am Sonnabend und Sonntag im Kölner Rathaus unter Vorsitz von Henderson. Vertreten waren 11 Länder, darunter England durch Macdonald und Tom Shaw, Belgien durch Anseele, de Brouckere, Huisman, Wauters und Reosbroek, Deutschland durch Wels und Dr. Adolf Braun, die Tschechoslowakei durch Kamec und den früheren Justizminister Soukup. In der mehr als neunstündigen Sonnabend-Sitzung berichteten die Vertreter der einzelnen Länder über die durchweg sehr ungünstigen Erfahrungen, die sie seit der Berliner Konferenz mit den Kommunisten und ihrer Agitationsparole der „Einheitsfront“ gemacht haben. Es wurde beschlossen, daß zu der am Dienstag, den 23. Mai, wiederum im Reichstag in Berlin stattfindenden Konferenz der drei Exekutiven der Londoner Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der Moskauer Internationale Macdonald, Wauters und Wels entsandt und ihnen genaue Instruktionen mitgegeben werden, deren Inhalt vorläufig vertraulich ist.

Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet, wurde weiter über den Plan verhandelt, eine Sozialistenkonferenz im Haag während der dort tagenden Sachverständigenkonferenz abzuhalten. Einmütig war man der Auffassung, daß eine solche Zusammenkunft nur dann ein wirkliches Ziel haben könne, wenn sie gemeinschaftlich mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinter-nationale erfolgt.

Macdonald berichtete über die Brüsseler Konferenz der Sozialisten Frankreichs, Englands und Belgiens, wo man gegen ein Recht irgendeiner Macht auf Sonderaktionen gegen ein im Rückland bleibendes Deutschland scharf protestiert hat.

Erklärende Bilder von der Lage ihrer eigenen Länder gaben armenische Delegierte und der ungarische Genosse Buchinger. Die Armenier wiesen darauf hin, daß durch das Bündnis Sowjetrußlands mit den Kommunisten die armenische Bevölkerung vollkommen der Willkür ausgeliefert worden ist, und sie ersuchten, sich seiner Interessen energisch anzunehmen. Huisman (Belgien) verwies auf die Türkenmorde in Berlin. Buchinger legte ein Memorandum der ungarischen Flüchtlinge vor, das die terroristischen Akte der Horthy-Armee brandmarkt und der schwer um die Befestigung der Demokratie ringenden ungarischen Sozialdemokratie wärmste Sympathie ausdrückt.

Zum Schluß der Konferenz kam es zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Einheit des Deutschen Reichs.

Genosse Wels legte in längerer Rede die Absichten der französischen Imperialisten und ihrer sonderbündlerischen Bestrebungen dar und betonte, daß diese Bestrebungen darauf hinauslaufen, die politische und wirtschaftliche Einheit der Deutschen Republik zu zerreißten. Wenn sie auch von der Arbeiterschaft aufs schärfste zurückgewiesen werden, so finden sie doch bei der agrarischen Bevölkerung des Rheinlandes Eingang, weil man ihr Befreiung von Steuer und Reparationspflichten verspricht. Diese Agitation erschwert überaus den Kampf der deutschen Sozialdemokratie für Demokratie und Republik. Die Gewaltdrohungen im Rheinland stärken die deutschnationalen Chauvinisten im Inland und erschweren die Erfüllung der Reparationspflichtungen. Wels forderte am Schluß die Delegierten der Internationale auf, überall in diesem Sinne in den Parlamenten und bei allen Aktionen zu wirken, damit die Einheit des Deutschen Reichs gewährleistet bleibe; sie dürfen sich dem Rotschrei der Rheinbevölkerung und insbesondere der rheinischen Arbeiterschaft nicht verschließen. Die Ausführungen von Wels fanden allgemeine Zustimmung und Billigung. — In einer kurzen Erwiderung erklärte Huisman (Belgien), daß Deutschland keineswegs unter jener militärischen Unterdrückungspolitik leiden dürfe, wie sie während des Krieges gegen Belgien geübt worden ist. Noch heute mühten die flämischen Sozialisten bei ihren Bestrebungen unter den Folgen der Vorkriegspolitik des kaiserlich deutschen Kriegesregimes zu leiden. Die französischen und belgischen Sozialisten haben das größte Interesse an der Erhaltung der deutschen Einheit und werden sich, wo sie nur können, gegen eine Zerreißung wehren. Die belgischen Sozialisten beabsichtigen, Delegierte nach dem besetzten Gebiet zu entsenden, um die sonderbündlerischen Bestrebungen an Ort und Stelle zu untersuchen; sie werden auch die französischen Sozialisten zur Teilnahme auffordern.

Der französische Gesandte in München, Dard, ist, wie die „Dena“ erfährt, von seinem Posten abberufen worden. Die französische Regierung hatte ihn vor einiger Zeit nach Paris kommen lassen, damit er über seine Verbindung mit den heimischen Sonderbündlern Bericht erstatte. Von dieser Reise wird Dard nicht mehr auf seinen Münchener Posten zurückkehren.

Heimkehr aus Genua.

Der Reichskanzler, Dr. Rathenau und Gen. Robert Schmidt, die mit der deutschen Genua-Delegation bereits gestern mittag 2 Uhr in Berlin eingetroffen sind, haben noch am Nachmittag dem Reichspräsidenten Bericht erstattet.

Lionel George, der Frankreich passiert hat, ohne mit Poincaré zusammenzutreffen, ist bei der Ankunft in London sehr geleistet worden, was aber nicht über die auch in der Presse konstatierte Opposition gegen ihn hinwegtäuschen kann. Er wird wahrscheinlich am Donnerstag im Unterhaus über Genua sprechen. Einstweilen hat er sich mittelbar mit begreiflicher väterlicher Zufriedenheit über seine Genueser Konferenz ausgesprochen.

Barthou hat bei seiner Rückkehr geäußert, seit dem Beginn der Genua-Konferenz habe sich die Lage sichtbar verändert. Während die Lloyd George nahestehende und erst recht die britische Linkspresse auf die böse Wirkung neuer französischer Sanktionen auf die Haager Konferenz und auf die gesamte Zukunft hinweist und die „Sunday Times“ in einer Pariser Meldung davon warnen, Frankreichs Einmarschdrohungen leichtzunehmen, hat Poincaré auf der Straßburger Frontkämpfertagung eine neue Rede gehalten, von der die bürgerliche Pariser Presse schreibt, sie sei unpolitisch gewesen, um nicht der Kammer vorzugreifen. Es war eine Rede über das für ewig französische Elend-Vorbringen, gegen die Alldeutschen und gegen das kaiserliche, aber auch gegen das heutige Deutschland.

Nach amerikanischen Stimmungen, darunter auch der eines nichtgenannten Kabinettsmitgliedes, sagt man drüben, man verhalte sich mit den Europamächten nicht mehr; zwanzigmal habe Nordamerika die Bedingungen für seine Teilnahme am Wiederaufbau Europas bekanntgegeben (Abbau des Militarismus! Red.) und wieder komme man ihm mit den alten Vorschlägen. Laut „Times“ jagt eine dem Botschafter in Rom, Child, überlieferte Weisung: Die USA-Regierung habe es für zweckmäßig, daß eine Kommission von anerkannten Sachverständigen in Rußland eine eingehende Untersuchung der tatsächlichen Bedürfnisse der russischen Nation und der Mittel, diesen Bedürfnissen nachzukommen, anstellen solle. Die Vereinigten Staaten würden nichts gegen die Teilnahme hieran haben und nichts gegen die Beteiligung von Russen an dieser Kommission, vorausgesetzt, daß sich die russischen Mitglieder auf die Feststellung von Tatsachen beschränken und

alle Versuche unterlassen, den Kommunismus und andere politische Doktrinen zu verteidigen. Das Ergebnis würde nach amerikanischer Ansicht beweisen, daß das hauptsächlichste wirtschaftliche Hindernis für Rußland die Sowjetregierung sei.

Weitere Verluste des Nationalen Blocks.

Die gestrigen Stichwahlen in Frankreich.
Paris, 22. Mai. (EE.) Beim zweiten Wahlgang der Generalkratswahlen wurden gewählt: 3 Konservative, 15 Mitglieder der Entente republicaine democratique, 30 Linkerepublikaner, 44 Radikale und radikale Sozialisten, 8 republikanische Sozialisten, 36 Mehrheitssozialisten und 12 Kommunisten. 19 Wahlergebnisse sind noch nicht genau bekannt. Einer offiziellen Auffassung zufolge soll der Gesamtverlust der Konservativen 15 Mandate und der Linkerepublikaner 13 Mandate betragen. Gewonnen hätten die republikanisch-demokratische Vereinigung 17 Mandate, die Radikalsozialisten 20, die republikanischen Sozialisten 2, die Mehrheitssozialisten 13 und die Kommunisten 8. Diese Zahlen werden aber sicherlich noch eine Berichtigung erfahren müssen. Insbesondere erklären die Kommunisten bereits, daß sie weit größeren Gewinn gehabt hätten. Im ganzen teilen sich in den Besitz der Generalkratsmandate: 107 Konservative, 230 Mitglieder der republikanisch-demokratischen Vereinigung, 505 Linkerepublikaner, 457 Radikalsozialisten, 67 republikanische Sozialisten, 77 Mehrheitssozialisten, 29 Kommunisten.

Einheitsfront der Reichsbahner.

Die Vorstände des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgewerkschaft schreiben uns:
„In der letzten Zeit sind zwischen diesen beiden Vorständen Verhandlungen zur Errichtung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront geführt worden. Beide haben sich bereit erklärt, die gegenseitige Bekämpfung aufzugeben und in der Gewerkschaftsfrage sowie auf dem Gebiete der Neuordnung der Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse fernerhin gemeinsam vorzugehen. Das künftige Zusammenarbeiten soll durch eine entsprechende Vereinbarung gesichert werden. Alle in der Presse verbreiteten Mitteilungen über angebliche Bedingungen in der Frage der aus dem DGB. ausgeschlossenen Mitglieder und der Gehalts- und Lohnpolitik sind haltlose Gerüchte.“

Kampf-Ende in Süddeutschland.

München, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der süddeutsche Metallarbeiterstreik ist nach achtstägigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht ohne das Verdienst der bayerischen Regierung durch einen neuen Tarifvertrag beigelegt worden. Heute und morgen finden noch in München die Urabstimmungen über die endgültige Annahme statt, so daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag gerechnet werden kann. Der Inhalt des Tarifvertrages ist kurz folgender: In allen Betrieben bleibt die bisherige wöchentliche Arbeitszeit bestehen. Wenn die Betriebsleitung es für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrates die Arbeitszeit auf 48 Stunden zu verlängern, wobei für die letzten beiden Stunden ein Zuschlag zu bezahlen ist. Der Stundenlohn für über 25 Jahre alte Facharbeiter beträgt ab 13. Mai in Ortsklasse I 21.— M., für angeleitete Arbeiter 20.— M., für unangeleitete Arbeiter 19,50 M., für Arbeiterinnen 13.— M. und 12,80 M. In Ortsklasse II verringern sich die Beträge um 40 Pf. bei den Arbeitern und 20 Pf. bei den Arbeiterinnen. Soziale Zulagen bleiben gleich. Die Akkordbasis beträgt für Facharbeiter in Ortsklasse I 23.— M., in Ortsklasse II 22,60 M. Urlaub erhält jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin nach dem vollendeten ersten Dienstjahr im gleichen Betrieb 3 Werkstage gestaffelt bis zu 12 Werktagen nach dem 15. Dienstjahr.

Zum Ausgang des gewaltigen Arbeitskampfes wird uns aus Süddeutschland geschrieben:

Die Absperrung in der Metallindustrie Süddeutschlands ist durch die Verhandlungen im bayerischen Sozialministerium in ein Stadium gebracht worden, das Aussicht auf baldigen Frieden eröffnet. Gewiß ist die an dem Münchener Verhandlungstisch zulaufende gekommene Abmachung formell nur für Bayern gültig, in Wirklichkeit aber wird es auch für Württemberg und die anderen Bezirke von ausschlaggebender Bedeutung sein. Diese Ansicht hat übrigens bei allen beteiligten Seiten vorgeherrscht, noch ehe sie sich zu München an den Verhandlungstisch setzten.

Die süddeutschen Bezirke hatten und haben gesonderte Tarife. Der bayerische hat seit einem Jahr nicht mehr erneuert werden können, der württembergische hängt seit Monaten in der Luft, anderwärts war er in einem gleich fragwürdigen Zustand. Je dringlicher die Preissteigerungen die Verbesserung der Löhne machten, desto mehr hatten die Metallindustriellen an der geltenden 48stündigen Arbeitszeit auszusetzen. Da von deren Verlängerung die Unternehmer ihre Zustimmung zur Lohnerhöhung in steigendem Maße abhängig machten, sahen sich die Arbeiter gezwungen, bei den Schiedsgerichten ihr Heil zu versuchen. Hier gestaltete sich, wie immer, die Verhandlung zu einem Ringen um die Seele des „unparteiischen“ Vorsitzenden. Dessen Seele aber zeigte immer deutlicher einen Stich ins Kapitalistische, Unternehmerrfreundliche. Man führt diese Seelenwandlung auf einen unmißverständlichen Wink von oben zurück. Die Vorsitzenden waren in Sachen der Verlängerung der Arbeitszeit fast durch die Bank einer Meinung mit den Metallindustriellen. So blieb den Arbeitern in allen süddeutschen Bezirken nichts anderes übrig, als zu streiken. Auf die teilweise Arbeitsniederlegung antworteten, wie genugsam bekannt, der Metallindustriellen-Verband mit der Absperrung aller seiner Betriebe in Württemberg und Bayern. Vermittlungsversuche scheiterten an der Verfeinertheit der Fabrikantenorganisation auf die Vermehrung der Arbeitsstunden. Ihre Haltung wurde von dem Glauben gestützt, die übermächtigende Mehrheit der Arbeiter hätte gegen die Verlängerung der Fron nichts zu erinnern, ein Glaube, der auf die — viel zu große — Bereitwilligkeit der Belegschaften, Ueberstunden zu machen, zurückzuführen ist. Als dieser Glaube durch Urabstimmung zerstäubt war, ward er von dem Drang, das Prestige zu wahren, ersetzt. Daß die Prestigepolitik viele, besonders kleinere Fabrikanten in schwere Aktennot brachte und noch bringen wird, kümmerte den ausschlaggebenden Teil der Rühnmänner nicht. Im Gegenteil. Die Hoffnung, daß der Hunger die Front der Ausgeperrten zermürbe oder daß sie sich durch die immerwährenden Provokationen zu Unzufriedenheiten hinreißten lassen werde, erfüllte sich ebenfalls nicht. So kam der Mai, die achte Woche der Gesamtabsperrung heran.

Nun glaubte das bayerische Sozialministerium seinerseits einen Vermittlungsversuch wagen zu müssen. Es bot seine guten Dienste für die Erneuerung des bayerischen Manteltarifs mit dem Hinweis an, daß es ratlos sei, die weniger wichtigen Streitfragen wie Lohnsätze, Ferienfrage und dergleichen zu regeln, damit diese die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit nicht hinderten, wenn es in der Hauptstreitfrage, der Arbeitszeit, zu einer Einigung gekommen sei. Unnötig, ausdrücklich zu sagen, daß die Reaktion der mildernden Streitfragen nur noch oder mit der der Arbeitszeit möglich war; daß die Festlegung der einen die der anderen zwangsläufig mit sich bringen mußte und daß, wenn für das

...berische Gebiet die Arbeitszeitfrage entschieden war, die ...

Die Münchener Verhandlungen begannen am 13. Mai und gingen mitunter die tiefe Nacht hindurch. Bei allen Punkten des langen, überlangen Manteltarifs wurde auf beiden Seiten mit einer beispiellosen Zähigkeit gerungen.

In allen unter den Vertrag fallenden Betrieben bleibt die bisherige regelmäßige reine wöchentliche Arbeitszeit bestehen. Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrats die Arbeitszeit so weit zu verlängern, daß auch die 48 Wochenstunden gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie es für Ueberstunden tariflich vereinbart ist.

Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Selbstverständlich haben die ausgesperrten Arbeiter selbst endgültig darüber zu befinden. Die Urabstimmung wird in einigen Tagen stattfinden. Sie wird ebenfalls über die neuen Lohnsätze als auch über die Arbeitszeit entschieden. In der Lohnfrage sind zweifelsohne erhebliche Besserungen erzielt worden. Fürderhin soll der Stundenlohn betragen für über 25 Jahre alte Arbeiter, und zwar für

Facharbeiter: Ortsklasse I: 21 M., Ortsklasse II: 20,60 M., für Angelernte 20 und 19,90 M., für Angelernte 19,40 und 19,40 M., für angelernte Arbeiterinnen 13 und 12,60 M.

Zuschläge: Für Arbeiter A 1 M., für B 2 M., für C 3 M., für Arbeiterinnen A 1 M., B 1,20 M., C 2 M.

Qualitätszulage wird bis zu 3 M. erhöht, die sozialen Zulagen bleiben in der alten Höhe bestehen.

Die Akkordbasis beträgt in der Ortsklasse I für Facharbeiter 23 M., Ortsklasse II 22,60 M., für Angelernte 22 und 21,60 M., für Arbeiterinnen 14,50 und 14,20 M.

Wesentliche Verbesserungen weisen auch die die Jugendlichen betreffenden Punkte auf.

Auf die Frage, wieviel die neuen Sätze höher sind als die andern, was der Arbeiter künftig mehr als früher verdient, läßt sich in kurzen Sätzen keine genügend klare Antwort geben, da die obigen Markzahlen immer nur den Mindestverdienst darstellen, aber nicht sagen, wieviel der einzelne mit den verschiedenen Zulagen im Zeit- und Akkordlohn tatsächlich bekommt. Immerhin läßt sich, ohne viel feil zu gehen, sagen, daß das Mehr an Stundenlohn sich zwischen 5 und 9 M. bewegt.

Ueber den Ausfall der Abstimmung in Bayern läßt sich natürlich nichts Bestimmtes voraussagen. Doch ist viel begründete Aussicht vorhanden, daß das vorgeschlagene Abkommen angenommen werden wird. Womit der Kampf beendet sein würde, in Bayern wenigstens. Inzwischen ist mit den Tarifberatungen in den andern Bezirken begonnen worden. Hier dürfte es nun, nachdem die Hauptfragefrage durch

Verständigung geklärt, in kurzen Tagen gleichfalls zu einer Einigung und schließlich zur Urabstimmung kommen. Für deren Ausfall wird freilich das Entgegenkommen der Unternehmer in der Lohnaufbesserung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Da ihnen aber die Aussperrung bis an den Hals steht, werden sie sicherlich nicht weniger geneigt sein, als ihre bayerischen Kollegen. So stehen denn auch für die nichtbayerischen Bezirke die Zeichen auf Frieden. Er dürfte, wenn nicht alles täuscht, noch bevor die Pfingstglocken läuten, geschlossen sein.

Stresemann politisch erkrankt? Eine Krise der Deutschen Volkspartei.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, einen längeren Urlaub angetreten habe. Den etwas auffälligen Umstand, daß ein politischer Führer noch während der Tagungen der Parlamente in Urlaub geht, erklärte die liberale Presse mit Krankheit.

Nun aber behaupten in auffälliger Uebereinstimmung die demokratische „Voss. Ztg.“ und die deutschösterreichische „Deutsche Zeitung“, daß Herr Stresemanns Urlaub auf politische Gründe zurückzuführen sei. Nach der „Deutschen Zeitung“ erstrebe Stresemann den Anschluß der Deutschen Volkspartei an die Regierungskoalition des Reichstages, der von der Mehrheit seiner Partei bekämpft werde. Um seine Niederlage zu erleiden, sei Stresemann in den Urlaub gegangen.

In dieser Form erscheint die Meldung nicht ganz glaubhaft. Denn wenn Stresemann die Möglichkeit hätte, im Reich die große Koalition herzustellen, was an dem Widerspruch der Sozialdemokratie scheitert, so würde die Mehrheit seiner Partei ihn schwerlich deswegen desavouieren. Mehr innere Logik besitzt die Darstellung Georg Bernhards in der „Voss. Ztg.“. Danach will der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei, lebhaft unterstützt von der Schwerindustrie, die jetzige Reichsregierung in die Luft sprengen. Bernhard schreibt:

Eine besonders günstige Gelegenheit für solche Verheerungsaktionen wird anscheinend in dem Aufenthalt des Reichsfinanzministers Dr. Hermes zum Zwecke der Finanzverhandlungen in Paris gesehen. Obwohl man noch gar nicht weiß, was dort geschehen wird und geschehen kann, wird das mögliche Resultat bereits in Grund und Boden verdonnert. Es scheint leider, als ob gewisse Kreise der Deutschen Volkspartei, nachdem sie den besonnenen Führer Dr. Stresemann in einen Krankheitsurlaub hineingedrängt haben, drauf und dran sind, die vielleicht nicht ganz ohne ihre Mitwirkung gelegten journalistischen Minen zur Förderung eines vermeintlichen Parteinteresses springen zu lassen. Das kann nur den Zweck haben, parlamentarische Krisen heraufzubeschwören. Was aber mit diesen parlamentarischen Krisen eigentlich bezweckt werden soll, ist nicht recht einzusehen, es sei denn, es wäre beabsichtigt, den Reichskanzler zu stürzen und an seine Stelle einen Mann des Vertrauens jener Kreise der Deutschen Volkspartei zu setzen.

Mit einiger Ironie erinnert Bernhard die Deutsche Volkspartei daran, daß gerade Herr Dr. Hermes bisher als Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung gegolten habe. Nach der Art, wie die Rechte diesen Minister gegen die Vorwürfe im Falle Augustin, im Falle der Weinlieferung durch den Bingerverein und im Falle der Automobilschaffung usw. verteidigt hat, kann man dies nur bejahen. Und die Frage Bernhards, wen eigentlich die Deutsche Volkspartei gegen Dr. Hermes, der ihr in der Frage der Reparationsleistungen so außerordentlich nahe steht, ausspielen will, erscheint gerade vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei aus sehr schwer zu beantworten. Aber immerhin muß man damit rechnen, daß einflußreiche Kreise der Schwerindustrie erneut auf eine Kabinetskrise hinarbeiten. Was eine solche Krise bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage bedeuten würde, bedarf keiner besonderen Erörterung. Es genügt die Feststellung, daß selbst ein der großen Koalition so zugeneigtes rechtsdemokratisches Blatt wie die „Voss. Ztg.“ die Volkspartei dringend vor dem Spiel mit dem Feuer warnt. Befremden muß allerdings die Art, wie

der gemäßigste Flügel der Volkspartei unter Dr. Streseman sich in einer solchen Situation damit begnügt, sich zuzustellen.

Landtagswahl in Waldeck.

Korbach, 22. Mai. (WZB.) Bei den gestrigen Wahlen zum waldeckischen Landtag entsieen laut „Waldecker Landeszeitung“ auf die Liste Braunigam (Soz.) 3773, Liste Euler (Dem.) 2339, Liste Coos (USP.) 1330, Liste Wadschmidt (Landeswahlverband) 9064 und Liste Weinreich (Wirtschaftsvereinigung) 1587 Stimmen. Die Abgeordneten verteilen sich auf die verschiedenen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 4, Demokraten 2, Unabhängige Soz. 1, Landeswahlverband (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landbund und Handwerkerbund) 9, Wirtschaftsvereinigung 1.

Diese Landtagswahlen lassen einen Vergleich mit früheren Wahlen nicht zu, weil inzwischen der Bezirk Pyrmont von dem kleinen Freistaat Waldeck sich abgelöst hat und Breunigen angegliedert wurde. Bei den Wahlen 1919, die noch im ungeteilten Gebiet stattfanden, erhielten: Sozialdemokratie 8196 (7 Mandate), Demokraten 5718 (4), Zentrum 769 (0), Deutsche Volkspartei 2355 (1), Deutschnationale 6263 (6), Waldeckischer Volksbund 3654 (3). Für die Parteien, die heute den Landeswahlverband bilden, wurden also damals 12 074 Stimmen abgegeben.

Volksernährung und Reichstag.

Im Reichstag erklärte heute vormittag die Regierung, daß sie die Interpellationen Bersner (D. V.) und Hergt (Dnat.) wegen Veröffentlichung des Materials zur Aufklärung der Schuldfrage am Weltkrieg in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werde.

Der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für 1921, wonach 500 Millionen Mark dem Reich zufließen, wird angenommen.

In der darauf fortgesetzten Debatte über die Volksernährung spricht zunächst

Reichsernährungsminister Jehr

Er fährt aus: Zur Frage der Brotversorgung wird eine Gesetzesvorlage vorbereitet. Ein Teil des Brotgetreides muß in die öffentliche Hand kommen. Man kann dieses Verfahren „Umfrage“, „Brotbisse“ oder „öffentliche Brotreierie“ nennen. Der Preis wird in den Verhandlungen mit der Landwirtschaft in zweckmäßiger Weise festgesetzt werden müssen. Getreidekosten und angemessener Gewinn müssen in Betracht gezogen werden. Dieser Preis kann aber natürlich nicht der volle Marktpreis sein. Der Gedanke der Erhebung einer Steuer zur Durchführung der Brotverbilligung ist nicht ohne Bedenken. Das Problem der Einschränkung der Versorgung auf die Rinderbrennstellen ist aus Rangei an Unterliegen im Augenblick undurchführbar. Dazu kommt die Verschiebung in den sozialen Verhältnissen. Das alles kompliziert das Problem. Aber man könnte daran denken, daß die Rinderbrennstellen sich selbst mehr, statt daß man sie sucht. Ein Referententwurf ist mit den Beratern der Länder bereits durchberaten. Es ist besser, eine unvollkommene Maßnahme rechtzeitig, als eine ideale Maßnahme zu spät durchzuführen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft verbürgt sich für die Sicherstellung einer bestimmten — in der Höhe allerdings nicht genau angegebenen — Brotgetreidemenge. Ich schähe das Wort der Landwirtschaft sehr hoch ein, aber nach Lage der Verhältnisse wäre es doch fraglich, ob die Organisation der Landwirtschaft ihr Versprechen ohne gesetzliche Mittel erfüllen kann. Die Getreidemenge des laufenden Jahres konnte deswegen nicht die letzte sein, weil die Verhältnisse das nicht gestatten. Die Reichsgetreidestelle hat nicht 800, sondern nur 650 M. Kosten auf die Tonne Getreide. Die Versorgung der Saarkolonisierung mit deutschem Getreide wird selbstverständlich sichergestellt werden. Ich habe nicht an einen Jollshuf gedacht. Stadt und Land sind aufeinander angewiesen und müssen in der Zeit der Not zusammenhalten.

Abg. Hammer (Dnat. Bp.) spricht über die Zukernot.

Abg. Dr. Moses (U. Soz.) fordert größere Mittel für die Förderung der Ernährungswissenschaft statt der vorgeesehenen 500 000 M. und fragt den Minister, ob ihm irgend etwas bekannt ist von einer Spende der Landwirtschaft zur Förderung der Ernährungswissenschaft. Ueber dem Problem der Unterernährung wird bei uns das Problem der unzureichenden Ernährung völlig vergessen. Die deutschen Völker, die hier eine besondere Aufgabe hätten, verlangen da. (Die Sitzung dauert fort.)

Abg. Hammer (Dnat. Bp.) spricht über die Zukernot. Abg. Dr. Moses (U. Soz.) fordert größere Mittel für die Förderung der Ernährungswissenschaft statt der vorgeesehenen 500 000 M. und fragt den Minister, ob ihm irgend etwas bekannt ist von einer Spende der Landwirtschaft zur Förderung der Ernährungswissenschaft. Ueber dem Problem der Unterernährung wird bei uns das Problem der unzureichenden Ernährung völlig vergessen. Die deutschen Völker, die hier eine besondere Aufgabe hätten, verlangen da. (Die Sitzung dauert fort.)

Der Benzinvorrat.

Von Victor Schiff.

Es ist der Konferenz von Genua ungefähr so ergangen, wie jenen neugeborenen Regierungen, denen man allgemein eine gewissenhafte Dauer von höchstens vier Wochen prophezeit und die sich nachträglich von einer unheimlichen Lebensfähigkeit erweisen. Schon am Vorabend der Eröffnungsfeier sagte mir ein bekannter Pariser Journalist, der dank seiner intimen Beziehungen zu Poincaré, Hoch und Barthou in den Kreisen seiner französischen Kollegen den Ruf eines unerschütterlichen Draufgänger hat: „Drei Tage wird der Schwindel dauern, höchstens vier, vielleicht sogar nur zwei. Wir werden die Rufen vor solche Bedingungen stellen, daß sie nur mit „Ja“ oder mit „Nein“ werden antworten können. Ein Ausweichen gibt's nicht. Ist es „Ja“, dann sind sie erledigt, und deshalb wird es nicht „Ja“ sein. Ist es „Nein“, dann reisen wir ab und die Konferenz ist erledigt.“

Wohlgemerkt, am Ostermontag, traf ich die gleiche Boulevard-Pythia. Der Rapallo-Vertrag war wenige Stunden vorher bekannt geworden: Aus, Schluß, sind, wir können unsere Koffer packen. Ich habe soeben mit Barthou gesprochen. Morgen Abend geht's los.

Weitere sechs Tage verstrichen. An jenem Sonnabend mittag fuhr der König von Italien durch die engen Straßen zwischen endlosen und breiten Esplanaden und Karabinieriposten. Sicherung vor etwaigen Attentaten. Da pläzte die Bombe — nämlich der Brief Barthous an Faeta, in dem von den „signierten Behauptungen“ der Deutschen die Rede war. Diesmal singen selbst wir Deutschen an, daran zu glauben. Sechs Stunden lang. Am Abend war die Konferenz lebendiger denn je. Lloyd George hatte wieder einen „Dreh“ gefunden.

Von jenem Tage an hat niemand mehr an das Aufstiegen der Konferenz geglaubt. Barthou fuhr ab, aber man mußte: er kommt schon wieder. Der Sowjetführer leistete sich alle zwei Tage einen neuen Seitenstreifen, aber nicht einen Augenblick zweifelte man daran, daß ihn Lloyd George oder Schanzer wieder würde zähmen können.

Und nun fing man an, als die Lage endlos, langweilig, ergebnislos verstrichen, sich wechselseitig mit der stereotypen Frage anzureden: „Wie heute wieder nichts los? Wie lange soll das noch dauern?“ Und da bekam man zumeist die Antwort: „Wenn der Benzinvorrat erschöpft ist.“

Denn die Riviera ist herrlich, die Autos waren zahlreich und die Ruhepausen immer häufiger. Wenn sich Ichtischerin eine neue „Bedenkzeit“ erbeten botte, da freute sich der Hotelwirt von Portofino-Culm, dem berühmtesten Aussichtspunkt der ligurischen Küste.

Als aber der Benzinvorrat zur Reize ging, da trafen gerade die Petroleummagnaten der ganzen Welt in Genua ein und verhandelten mit Kraft und Rasenschnel über die Rophthoquellen des Kaukasus.

Und nun mußte man es: Die Konferenz dauert noch Wochen. Der Benzinvorrat ist erschöpft.

Das Deutsche Archäologische Institut, dessen Zweiginstitute in Rom und Athen im Kriege stillgelegt werden mußten, kann eine Wiederaufnahme seiner Auslandsarbeit meiden. In Rom haben langwierige Verhandlungen zu einem Abkommen mit der italienischen Regierung geführt. Dieses gestattet die Weiterführung des Archäologischen Instituts, das ja seit Jahrzehnten Gelehrten aller Nationen Gastrecht gewährt hat. Die Institutsbibliothek wurde aus ihrer Internierung in der Engelsburg befreit und den deutschen Gelehrten wieder übergeben. Noch fehlt aber vor allem ein Ersatz für das durch Enteignung den Deutschen genommene Institutsgebäude auf dem Kapitol, so daß die Bibliothek noch nicht aufgestellt und der Benutzung zugänglich gemacht werden konnte. Hoffentlich werden auch hier Mittel und Wege zur Lösung gefunden. Professor Studniczka-Leipzig hat die athenische Zweiganstalt, die dem Schutz der griechischen Regierung anvertraut und von dieser mit vorbildlicher Treue geführt war, übernommen und wieder geöffnet. Eine Stiftung gestattete dem Institut, Dr. Kurt Müller für einige Monate nach Athen zu entsenden zur abschließenden Bearbeitung der Funde von Tiryns.

Freiheit der Wissenschaft in Amerika. Im Staate Kentucky wird ein Gesetz vorbereitet, „um in öffentlichen Schulen und anderen öffentlichen Lehranstalten die Verbreitung der Lehren Darwins, des Atheismus, des Agnostizismus und der Evolution, soweit sich diese Lehren auf die Entstehung des Menschengeschlechts beziehen, zu verbieten“. Jeder, der derartige verbotene Lehren im Unterricht erwähnt oder verbreitet, wird mit Geldstrafen von 50 bis 5000 Dollar oder mit Gefängnis von 10 Tagen bis zu einem Jahr oder sogar mit beiden Strafen belegt. Jede Lehranstalt, die davon Kenntnis hat, daß derartige Lehren in ihrem Unterricht verbreitet werden, verliert die Konzession und kann mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Dollar bestraft werden. — Wir möchten den Frommen von Kentucky den Rat geben, auch den Unterricht im Kleinen Einmaleins unter Strafe zu stellen. Einmal'n es der Lehre von der heiligen Dreieinigkeit widerspricht.

Auf der Jagd nach dem Golde. Reiche Goldfunde sind bei Duriee Land in der Nähe von Angan in Australien gemacht worden. Verschiedene Goldsucher entdeckten die Fundstellen, und wenn auch der Oberinspektor der australischen Staatsbergwerke nach seinem ersten Besuch keine genauen Angaben machen konnte, so weist doch alles in dieser wasserarmen und abgelegenen Gegend auf das Vorhandensein großer Goldvorkommen hin. Daraufhin hat sofort eine gewaltige Jagd nach den neuen Schätzen eingesetzt. In Automobilen, zu Pferde, auf Ochsenwagen und zu Fuß bringen die Goldhungerigen nach dem Dorado, das sie reich machen soll. Tausende von Menschen, ihre wenigen Habeleistungen auf dem Rücken, wandern zu Fuß, hungrig und fast verdurstend durch die heißen pfadlosen Wälder, dem gleißenden Idol zustrebend. Bald werden sich hier dieselben Bilder entfalten, wie man sie stets bei der Aufzucht neuer Goldfelder in Australien gesehen hat. 20 000 bis 50 000 Menschen leben dann in rasch aufgeschlagenen Zelten auf einem von der Sonne ausgeleugten Gebiet, das noch vor wenigen Wochen völlig wüst und leer war. „Hotels“ wachsen aus der Erde; eine Postanstalt wird eingerichtet, Restaurants und Läden reihen sich

aneinander, eine neue Stadt springt wie durch Zauber empor. Die Regierung ist natürlich auch gleich da und verkauft für wenige Schillinge die Rechte zur Ausbeutung der einzelnen Stellen. Der Erfolg dieser Goldgräber ist außerordentlich verschieden; es gibt Glücklichste, die nach kurzer Zeit eine ergiebige Ader gefunden haben und Millionenwerte einheimen, während andere wieder monatelang in mühsamster Arbeit sich abquälen, ohne mehr als einige winzige Flitter des gelben Metalls zu gewinnen.

Die Zusammensetzung des Moskauer Rats. Der Moskauer Rat setzt sich zusammen aus 1645 Männern und 111 Frauen, von denen 1478 Kommunisten, 272 Parteiloze, 3 Sozialrevolutionäre und 3 Menschewiten sind. 141 Abgeordnete haben höhere Bildung, 401 die Bildung der Mittelschule, 806 Mitglieder des Rats sind Arbeiter, 718 Beamte, 189 Handwerker und Bauern.

Statistik der Ehescheidungen. Bei Beginn des Jahrhunderts (1900 und 1901) wurden jährlich etwa 7000 Ehen in Deutschland geschlossen. Dann stieg die Zahl fortwährend an, bis sie 1913 26 600 erreichte. In der Kriegszeit ging sie 1915 und 1916 auf 9000 zurück, stieg dann 1917 und 1918 (12 000), um dann gewaltig in die Höhe zu schnellen: 1919 betrug sie 22 022, 1920 schon 35 550. Das ist ein Beweis, daß in der Kriegszeit viele Ehen geschlossen wurden, die von vornherein keinen sicheren Bestand boten, und daß auch viele Ehen, die unter anderen Verhältnissen normal verlaufen wären, durch den Krieg und seine Folgewirkungen zerrüttet worden sind. Die Ehescheidungshäufigkeit ist am höchsten in den Großstädten. Hier steht Hamburg an der Spitze mit 223,6 auf 100 000 der Bevölkerung, und ihm folgt Berlin mit 219,7. Von den größeren Ländern hat Sachsen die höchste Zahl zusammen.

Der Lehrfilm in der Brazilien. Den Lehrfilmvorführungen, die die Kulturabteilung der Ua mit Unterstützung des brasilianischen Jugendamtes regelmäßig in jedem Monat mittags als Nimmunterricht unter Leitung von Lehrern für die Groß-Berliner Schulen in den Ua-Theatern und einer Anzahl anderer großer Berliner Theater veranstaltet, wurden in der letzten Periode durch ihre Lehrer circa 250 000 Schulkinder zugeführt. Der Nimmunterricht wird im Juni das Thema „Von unseren Hauptnahrungsmitteln“ behandeln. Durch Filme über die Viehzucht, über die Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse, über den Betrieb im Schlachthof und über den Berggang des Brotes, wird den Kindern anschaulicher Unterricht erteilt.

Wagner-Konzerte. Das Provinzialkonsortium beruht augenblicklich die III. Serie seiner erziehlichen Sinfoniekonzerte als „Wagner-Konzerte“. In allen Berliner Bezirken kommt das Provinzial-Konsortium, das durch einen einseitigen Vertrag des Oberkonsults Dr. Hantzenburg vorbereitet wird, zur Durchführung. Die beiden nächsten Konzerte finden statt: Am 25. um 12 Uhr in der Brauerei Friedrichshagen und am 28. um 11½ Uhr im Konzertsaal der Staatlichen Hochschule für Musik.

Die Pariser Akademie der Räfte hat Doureimollit und Redon zu Beratern bei der Reparationskommission für die Kriegsschäden ernannt.

Die frühen Wahreuther Heißhüte nach dem Arlene werden nicht, wie beabsichtigt, 1923, bestimmt aber 1924 stattfinden. Zur Aufklärung werden „Parität“, „Weißerjinger“ und der „King“ gelangen.

Der Kampf um den Wald.

Der Bewohner des 20. Verwaltungsbezirks Reinickendorf hat sich seit Monaten eine steigende Erregung bemächtigt, weil sie hilflos mit ansehen mußten, wie ihnen nach und nach die zwischen Tegel, Hermsdorf, Heiligensee und Stolpe liegenden schönen Wälder glatt heruntergeholt wurden. Diese Erregung hat dazu geführt, daß sich in Hermsdorf ein Aktionsausschuß der drei sozialistischen Parteien gebildet hatte, der die Bevölkerung des 20. Bezirks zu einer Protestkundgebung aufgerufen hatte, die am gestrigen Sonntag bei Hermsdorf mitten im Walde stattfand. Auch die Bürgerlichen hielten unserm im Walde eine eigene Protestversammlung ab. Angesichts einer trostlosen kahlgeschlagenen Riesennadelfläche versammelten sich die zahlreich herbeigeeilten Teilnehmer der drei sozialistischen Parteien, darunter viele Jugendliche. Der Bezirksverordnete Genosse Krenzig, Hermsdorf hielt zunächst ein erklärendes Referat. Er wies darauf hin, daß noch das Beste, was der unzulängliche Zweckerwerb Groß-Berlin geschaffen habe, der Ankauf der Dauerwälder gewesen sei, aber der verlaufende Fiskus habe seinerzeit Randstreifen von diesen Wäldern behalten, die er nun verkauft, und zwar an Siedlungsgesellschaften, die zunächst nichts weiter damit anzufangen wissen, als sie abzuholzen, um, wie sie sagen, Bauholz für die Siedlungen zu gewinnen, die allerdings an ganz anderen entfernteren Stellen liegen. Der Redner wandte sich auch mit aller Schärfe gegen die unerhörte Demagogie, die darin liegt, wenn die Bürgerlichen jetzt sagen, daß die Wälder unter behördlicher Duldung abgeholt werden.

Ebenso scharf geißelte der Redner der U.S.D. Jürgen die Demagogie, die darin liegt, daß die Bürgerlichen höhnisch behaupten, es seien ja die Angehörigen des Proletariats selber, die die Wälder abholzen. Außerdem sprach noch von der A.P.D. Günther. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß es bisher immer die Bürgerlichen gewesen seien, die das Eingreifen der Behörden unmöglich gemacht und feinerzeit den von dem sozialistischen Landwirtschaftsminister Otto Braun eingebrachten Gesetzesentwurf zum Schutz auch der privaten Wälder und Forsten zu Fall gebracht haben. Von dem Reinickendorfer Bezirksamt erwartet die Entschließung, daß es sich nicht mehr als bisher seiner sozialistischen Mehrheit bedient werde und alles tun möge, um zu verhindern, daß die Waldzerstörung im 20. Bezirk weiter fortschreite. Die Versammlung wurde durch Wieder von Arbeiter-Sängern umrahmt. Nach Schluß zog man hinüber zu den Bürgerlichen, wo man gleichfalls den geschlossenen Willen zur entschiedenen Abwehr weiterer Waldschändereien zum Ausdruck brachte.

Jugend und Alkohol.

Deutscher Kongress für alkoholfreie Jugendberziehung.

Vom 21. bis 25. Mai findet in Berlin der 2. deutsche Kongress für alkoholfreie Jugendberziehung statt. Einberufen ist die Deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus. Den Ehrenvorsitz hat Reichsminister des Innern Dr. Köster übernommen. Der Kongress soll die Erkenntnis fördern, daß geistige Getränke besonders schwer die Jugend gefährden.

Am Sonntag wurden in der Neuen Aula der Universität die Kongressmitglieder durch den Vorsitzenden des Hauptausschusses Prof. Dr. med. Delbrück-Bremen begrüßt. Der Redner beklagte die nach dem Krieg hereingebrochene „Alkoholfut“ und den Mangel abwehrender Gesetze. Als Vertreter der evangelischen Kirche sprach Generalinspektor Burgard-Berlin. Zum Kampf gegen die Alkoholfut habe die Kirche den ersten Anstoß gegeben, die Beteiligung der Wissenschaft und der Wohlfahrtspflege sei erst nachher hinzugekommen. Universitätsprofessor Dr. Wahling-Berlin betonte den Wert alkoholfreier Jugendberziehung für den Erfolg der Schule, der Alkoholgenuß hemme die geistige Entwicklung. Im Auftrag des Deutschen Lehrervereins erklärte Fortbildungsschuldirektor Dreßler-Berlin, daß die Volksschullehrerschaft die Gefährdung der ihr anvertrauten Jugend durch den Alkohol an den Leistungsminderungen merke und ihrer Pflicht zur Abwehr sich bewußt sei. Der Kongress ist auch aus dem Ausland besucht. Prof. Dr. Longo-Wien, Vertreter des österreichischen Ministeriums für Unterricht, zugleich Beauftragter von Guttemperlegen, berichtete aus Oesterreich, daß dort soeben ein gesetzliches Verbot der Verabreichung geistiger Getränke an Jugendliche unter 16 Jahren beschlossen wurde. Die katholische Kirche war vertreten durch den als freikirchlich bekannten Pfarrer Pichtenberg-Charlottenburg. Er erwähnte das einmal von Oberstadtschulrat Paulsen gebrauchte Wort (ohne dabei Paulsen zu nennen), daß „der trieb- und instinktlichere Mensch über den Verstandesmenschen liegen müsse“. Daß Pfarrer Pichtenberg dieses Wort nicht versteht, hat er schon früher in seiner Rede gegen Paulsen gezeigt. Gestern sagte er es gar in Beziehung zur Alkoholfut, gegen die der „trieblichere Mensch“ besonders schwach sei. Hr. v. Bücher-Dresden sprach über die Mitarbeit der Mütter im Kampf gegen den Alkohol. Ein Vertreter des tschechoslowakischen Ministeriums für Öffentliches Gesundheitswesen erklärte, daß beim Wiederaufbau der Welt die nächsten Völker den Vorrang haben werden. Nach Ansprechen von Vertretern verschiedener Organisationen nahm als letzter Redner das Wort Dr. med. Hollischer, Abgeordneter der tschechoslowakischen Nationalversammlung, auf dessen Anregung die Tschechoslowakei ein Gesetz gegen Verabreichung geistiger Getränke an Jugendliche unter 18 Jahren erhalten hat. Er überbrachte Grüße des Deutschen Arbeiterabkominentenbundes der Tschechoslowakei, dessen Obmann er ist.

Die mißverständlichen Sternbilder.

Ein harmloses, wenn auch ungewöhnliches Vergnügen hat der 16 Jahre alte Kaufmann Berthold Hagemann aus der Landsberger Straße 8 schwer büßen müssen. Die Polizeikorrespondenz berichtet darüber folgendes: „Hagemann war abends gegen 10 1/2 Uhr mit einem gleichartigen Freunde aus dem Hause auf das Dach gestiegen, um sich den Sternhimmel anzusehen. Hausbewohner glaubten jedoch, daß es Einbrecher seien und der Photograph Max Schröder, der im Dachgeschoß ein Atelier hat, suchte mit einem benachrichtigten Beamten der Schutzpolizei zunächst seine Räume und dann auch das Dach ab. Hier sahen sie die beiden jungen Leute. Sie riefen ihnen „halt“ zu, das diese nicht hörten. Und als sie dann Bewegungen machten, die darauf schließen ließen, daß sie zu Waffengewalt griffen würden, gaben der Polizeibeamte und Schütze vier Schüsse ab, von denen drei den jungen Hagemann trafen. Er wurde durch einen Bauch-, einen Ober- und einen Rückenmarksschuß schwer verletzt und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden. Der ganze Vorgang bedarf jedoch dringend der Klärung. Es muß zunächst einmal festgestellt werden, wie eine Privatperson — der Photograph — dazu kommt, sich an der Schießerei zu beteiligen.“

Spende-Bälle für die Berliner Kinderheimstätten! Allen Kindern wird durch solche Spenden eine große Freude bereitet. Mittel zur Beschaffung von Bällen sind nicht vorhanden. Mitteilungen erbittet das Heimstättenbüro Berlin D. 27, Blumenstraße 97 II — Tel.: Amt Köpenick 82 oder 83 und Magistrat Nr. 59 — schriftlich oder mündlich.

Die Frage des politischen Aktrechts wird am Dienstag, 23. Mai, abends 7 Uhr, in einer Massenversammlung der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, „Neue Welt“, Hafendamm, erörtert werden. Karten à 3 M. bei A. Berthel, Bote u. Bot., Gewerkschaftsmittler 2 R. Abendkasse.

Wiener Gäste in Berlin.

Bedeutende Anschließungsbewegungen.

Auf Einladung des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes, der unter des Reichstagspräsidenten Gen. Löbe stehenden Organisation zur Förderung und Vorbereitung der Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich und des Berliner Sängerbundes ist gestern der Wiener Männergesangsverein in Berlin eingetroffen. Wenn Mendelssohn, Schumann, Richard Wagner, Liszt, Bruckner, Brahms dieser Vereinigung Chorwerke gewidmet haben, so ist über den künstlerischen Rang des Wiener Vereins an dieser Stelle nichts weiter zu sagen, und dieses Moment allein hat ihm stets einen würdigen Empfang überall dort, wo er hinkam, gesichert. Was ihm aber gestern nachmittag im Anhalter Bahnhof und abends im Reichstag aus Reden und Rufen entgegenfiel, was die Herzen klopfen und die Augen leuchten ließ, das war jener brennend heiße Wunsch, in dem wirklich ganz Deutschland und ganz Deutschösterreich einig sind, nach der uns noch verbotenen staatlichen Vereinigung. Am Donnerstagmittag soll und wird das Volk von Berlin im Lustgarten, unter dem Gelang der Gäste und des Berliner Sängerbundes in Massen für den Anschluß demonstrieren.

Der Arbeiter-Sängerbund hat unter Hinweis auf seine programmatische Stellung zu den bürgerlichen Gesangsvereinen die Einladung zur Beteiligung an dieser Wiener Musikwoche abgelehnt, was geschichtlich wohl zu verstehen ist. Nichtsdestoweniger hat die Masse der Arbeiter-Sänger wie ihre Leitung gegen eine Bewegung natürlich nichts einzuwenden, deren Organisation unter der Führung eines so entschiedenen Sozialdemokraten wie des Genossen Paul Löbe steht und an der bei dem jetzigen Anlaß diejenigen Parteigenossen mitwirken, jeder in seiner Art, die das Amt des Reichspräsidenten und der Innenminister im Reich und in Preußen bekleiden. Wir fordern also die sozialdemokratische Arbeiterschaft Groß-Berlins auf, am Himmelfahrtstag in Massen im Lustgarten zu erscheinen.

Den Arbeiter-Sängerbund aber möchten wir bitten, zu erwägen, ob nun nicht auch ein Besuch der Wiener Arbeiter-Sänger in Berlin herbeizuführen wäre, wofür an Entgegenkommen der Behörden und an Begeisterung der Aufnahme selbstverständlich die gleichen Voraussetzungen gegeben sind wie bei der jetzigen Veranstaltung.

Nach dem jubelnden und langgesprochenen Empfang auf dem Bahnhof, an dem auch Reichstagspräsident Genosse Löbe und der Befandte Deutschösterreichs, Minister Kiebel, teilnahmen und wobei Oberbürgermeister Böhm und der gewesene Reichstagsabgeordnete Rist Willkommen boten, auf den Dr. Krüskl-Wien in herzbelebenden Worten und der Männergesangsverein mit seinem herrlich gelungenen Wablspruch antworteten, zogen die Gäste in ihre Quartiere. Tausende Menschen, viele Oesterreicher darunter, auch viele, die die (langst eingetroffene) Genoa-Delegation erwarteten, hielten die Umgebung des Bahnhofs besetzt. Am Abend fand die

Begrüßungsfeier im Reichstag.

statt. Nach einem Chorgesang begrüßte Reichstagspräsident Genosse Löbe die Sänger aus Wien im Hause der deutschen Volksovertretung im Namen des deutschen Volkes und im besonderen des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes mit folgenden Worten:

„Es hat uns besondere Freude bereitet, daß Sie trotz der Schwere der Zeiten, trotz allem Trüben, das Sie und uns bedrückt, den Entschluß zu dieser Reise faßten, und uns damit Gelegenheit bieten, vor allen Deutschen den Gedanken der Kultur- und Stammesgemeinschaft zu betonen, der Wien und Berlin, der Oesterreich und die deutsche Republik umschließt, die Bande fester zu schlingen, die uns in hoffentlich nicht zu ferner Zeit auch staatsrechtlich verbinden. Offen und rückhaltlos wollen wir vor dem In- und Ausland bekennen: Sowohl, wir erstreben die Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands, die volle politische und staatsrechtliche Vereinigung, und wir erstreben sie trotz aller Hindernisse, die heute noch bestehen. Wie andere Fesseln sollen werden, die uns ein schweres Schicksal auferlegte, so werden auch die künftigen Schranken zusammensinken, die die Deutschen im Reich und die an der Donau trennen. Als Vorbote dieser Zeit, in der wir auch äußerlich sein werden, was wir innerlich sind, begrüßen wir Sie. In der ruhmvollen Geschichte Ihres Vereins sind viele stolze Reisen und Empfänge verzeichnet, in Freund- und Feindesland, vor hohen

Neue Reichsbanknoten zu 10 000 M. werden in der nächsten Zeit herausgegeben. Sie sind 210x124 Millimeter groß und auf weissem Papier gedruckt.

Die Not als Erzleherin. Rundgebung am Montag, 22. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im großen Vortragssaal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin W., Potsdamer Str. 120. Anna Siemsen spricht über: „Unsere Not“, Antonie Pfäfers Vortrag handelt von der Not und den Dingen des Lebens, während zum Schluß Kate Feuerstark von „Des Menschen Recht oder der Dinge Zwang“ sprechen wird. Den Abschluß bildet ein Lichtbildervortrag über: „Die Wohnung als Heim.“ Jedermann willkommen.

Dampferzusammenstoß im Atlantischen Ozean.

Der englische Dampfer „Egypt“ ist, wie aus Brest gemeldet wird, bei einem Zusammenstoß mit dem französischen Dampfer „Seine“ untergegangen. Während 240 Passagiere gerettet werden konnten, sind 15 Passagiere, sowie 30 weiße und 59 indische Matrosen ertrunken. Die Ueberlebenden wurden von einem französischen und einem portugiesischen Schiff aufgenommen. Ebenfalls in der Nähe von Brest lief gestern ein englisches Schiff auf einen Felsen auf. Nähere Nachrichten von diesem Unfall fehlen noch.

Sport.

Rennen zu Grunewald. Die Rennbahn hatte bei herrlichem Wetter einen Riesenerfolg zu verzeichnen. Die Rennen selber brachten mancherlei Uebererraschungen.

1. Rennen. 1. Dlokar (Hansale), 2. Dedenketter (Vorowst), 3. Sembal (Gretz). Toto: 118:10. Pl. 22, 18, 21:10. Ferner: Adligs-Adler (4.), Domiducus, Leobald, Jontsche, Jennerl, Marotte.
2. Rennen. 1. Bindar (Staubinger), 2. Cabicht (G. Janel), 3. Remling (O. Schmidt). Toto: 63:10. Pl. 19, 15:10. Ferner: Kobredner (4.), Amocera, Hammersch.
3. Rennen. 1. Schaumfänger (Tarras), 2. Gelberly (H. Conrad), 3. Turmlied (Volgar). Toto: 16:10. Pl. 13, 22:10. Ferner: Supplizis, Meerföhan, Paulus.
4. Rennen. 1. Ballenstein (Zimmermann), 2. Träumer (Volgar), 3. Ballenberg (Dietrich), 4. Weiße (O. Schmidt). Toto: 12:10. Pl. 12, 24:10. Ferner: Aberglaube.
5. Rennen. 1. Claudius (Reylich), 2. Naggar (Zimmermann), 3. Heberich (G. Janel). Toto: 44:10. Pl. 17, 15, 18:10. Ferner: Glau (4.), Trugschuß, Fredericus, Lehndorf.
6. Rennen. 1. Mercedes (Dietrich), 2. Fabela (Mastenberg), 3. Kollberg (H. Conrad). Toto: 61:10. Pl. 18, 15, 25:10. Ferner: Wimmel (4.), Demiette, Kollerichmeyer, Leceret, Poppl.
7. Rennen. 1. Rosvith (O. Schmidt), 2. Darmadisch (Braun), 3. Dacht (Rosina). Toto: 41:10. Pl. 13, 18, 22:10. Ferner: Poulers-Sieger (4.), Biliao, Darbanad, Vebensgehörte, Erbfeiler, Eumette, Rand Doria, Ganderst, Jo, Labalij, Botan.

Herren und vor schlachten Bürgern. Nirgends aber sind Sie mehr Freude begrüßt worden als bei uns. Seid willkommen deutsche Wiener im deutschen Berlin!

Nachdem die Heilrufe und das Händeklatschen verhallt waren, begrüßte Reichsminister des Innern Genosse Dr. Köster im Namen der Reichsregierung die Gäste. Er sagte u. a.:

„Ich will hier keine politische Rede halten, aber das muß gesagt werden, und alle Welt muß es immer wieder hören: Wo Deutsche und Oesterreicher zusammentreffen, da steht zwischen ihnen ein geborgtes Recht, ein gebrochenes Versprechen. Wir haben Waffenstillstand geschlossen auf ein ganz bestimmtes Programm hin. Dieses Programm ist schwarz auf weiß unterschrieben von uns, von Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando. In diesem Programm stand klar und fest

das Recht der Selbstbestimmung.

Sie wissen, was später aus diesem Programm geworden ist. Zweidrittel aller finanziellen Reparationsansprüche der Entente beruhen auf einem Bruch dieses Programms. Das große Verbrechen der Versailles Bestimmungen auf solchem Rechtsbruch beruhen, daß der Kriegsgott von Versailles Europa nicht befehlen kann, daß mit diesem Geste hüben und drüben abgebaut werden muß, diese Erkenntnis wächst überall in der Welt. Nur durch gegenseitiges Sichkennenlernen und Verstehen, durch gegenseitiges Ueberzeugen und Dulden kann der Triumph des Rechtes, der Triumph der Wahrheit möglich gemacht werden. Ob heute noch irgendeine europäische Macht glaubt mit der Gewalt der Waffen diesen Triumph verhindern zu können, weiß ich nicht. Deutschland hat auf jeden Fall einen viel zu klaren Rechlittel, als daß es darauf zu sitzen brauchte, durch neuen Krieg, neues Elend, neues Blut die Welt zu verunreinigen. Und am Ende unseres Weges steht und muß stehen für uns alle das vollendete Recht. Wir werden

durch friedliche Arbeit

die Welt von unserem Rechte aufeinander, von der Natur unseres Rechtes, von dem Rechte unserer Natur überzeugen. Das deutsche Lied singt nicht nur von Liebe und Heimat, es singt auch von Freiheit und Recht, von jenem ewigen Rechte, das uns für ewig zusammenbindet. Lassen wir dieses Recht nicht rosten, dieses Lied nicht schummern.“

Nach minutenlangem Beifall sprach der preussische Innenminister Genosse Severing. Er feierte die Macht des Gelanges und wandte auf das arbeitende Deutschland das Wort von Anzengrübners Steinleichenhans an: „Es kann Dir nie g'schehn“. Ein Volk, das auch im tiefsten Elende im Reiche der Löwe ein Gebiet seiner vornehmsten Kulturbildung erblickt, kann nicht untergehen. In diesem festen Glauben an unsere Schicksalswende lassen Sie uns festhalten, nicht in einem passiven Fatalismus, der das Heil von Wundern erwartet, sondern im traktfähigen Schaffen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas. Sie haben die schöne Aufgabe, für diese schwere Arbeit Begeisterung zu wecken, zum Kampfe der Weister die Kampfesparole weiterzugeben, die heute so lautet:

„Und wenn die Welt voll Teufel wär
und wollt uns gar verschlingen,
so fürchten wir uns nicht so sehr,
es muß uns doch gelingen!“

Dieser Rede folgte jubelnder Beifall und wie ein Mann erhob sich der zweihundertvierzig Köpfe starke Wiener Männergesangsverein unter seinem Dirigenten Karl Luzzi und brachte in meisterhafter Weise „St. Michel“ von seinem Mitglied Prof. Karl Ba-fite zum Vortrag.

Beifall und Händeklatschen wollten fast kein Ende nehmen, und wie ein Symbol künftiger Vereinigung war es, als Präsident Löbe dem Redner stumm die Hände reichte. Nochmals gab der Berliner Sängerbund eine Probe seiner Kunst, dann folgte in der Wandelhalle ein geselliges Beisammensein. Heute nachmittag sind die Wiener Gäste des Reichspräsidenten, heute abend sitzen sie in der Philharmonie.

Verbrüderung der Zeitungsleute.

Auf dem ersten alpenländischen Journalistentag in Linz gab namens des Reichsverbandes der deutschen Presse Schriftleiter Freund-München der Hoffnung auf ein herzliches und enges Zusammenarbeiten der reichsdeutschen und österreichischen Journalisten Ausdruck. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende Fischer die Beratungen. Besonders herzliche Worte fand er gegenüber den Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Presse, die er hat, den reichsdeutschen Freunden und Brüdern die Grüße der österreichischen Journalisten zu überbringen.

Hahball. In der Vorrunde um die deutsche Meisterei trat Rosen in Berlin vor etwa 9 000-10 000 Zuschauern Nordsee, Berlin und Victoria-Park (1:0). Das Spiel war unausgeglich und in keiner Weise zusammenhängend. Torangelegenheiten wurden in der unglücklichsten Art verpaßt. Bis fünf Minuten vor Schluß war das Spiel ergebnislos verlaufen, bis die Berliner durchdrückten und in dem einzigen guten Augenblick Montag einen Ball aus dem Fuß legten, der dann auch einliefte. Der holländische Mittelstürmer mußte wegen Verletzung des Schiedsrichters den Platz verlassen.

Kaufmann schlägt Ritt nach Gesehen. Der Zweikampf zwischen Weltmeister Ritt und dem Schweizer Weltreiter Kaufmann hat der Dreptor Adlerndahn ein ausverkauft Haus gebracht. Der alte Weltmeister unterlag in allen drei Runden der jüngeren Kraft Kaufmanns. In den Dauerrennen war Bauer keinen Risiken überlegen; er gewann beide Rennen während vom Start bis durchs Ziel. Im Stundenrennen verlor Wittig seine Chancen insolge Reifenschadens. Stehtritt litt an einem Abzug und gab das Rennen kurz nach dem 10. Kilometer auf. Der Reiter Chandler konnte bei seinem ersten Start in Deutschland noch keinen Erfolg erringen. Ergebnisse: Zweikampf: 3 Rufe über je 5 Runden. 1. Kauf: 1. Kaufmann, 2. Ritt, 3. Länge. — 2. Kauf: 1. Kaufmann, 2. Ritt, 3. Länge. — 3. Kauf: 1. Kaufmann, 2. Ritt, 3. Länge. — „Die Stunde“. Stundenrennen: 1. Bauer, 65,830 Kilometer, 2. Krupat 65,580 Kilometer, 3. Wittig 60,330 Kilometer; Stehtritt aufgegeben. — Preis vom Grunewald. 30 Kilometer: 1. Bauer 17 Min. 14", 2. Wittig 17:0, 3. Krupat 5:00, 4. Stehtritt 2:00 Meter zurück. — Verfolgungsrennen, 10 Runden: 1. Ostor Lieh, der in 4 Min. 2", 2. Sel. gibt 100 Meter gegen Chandler - Amerika aufhülle. — Zweifigerfahren, 1800 Meter: 1. Gebrüder Lieh, 2. Behrendt - Steig, 3. Freimath - Kräger, 4. Chandler - Ballhour. — Prämienrennen, 30 Runden: 1. Abraham, 2. Virel, 3. Kräger, 4. Vinsberg.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. U.S.D. Dienstag, den 22. Mai, 7 Uhr. Total Berger, Georgowitz. 21. Sitzung aller Funktionäre und der Elternbeiratsmitglieder.
17. U.S.D. Die Sitzung bei Pöls fällt aus. Ähnliche Funktionenbesuchen die Kreisfunkrenten.
26. U.S.D. Die Funktionärsitzung fällt heute aus.
28. U.S.D. Wiederkehren. Öffentliche Elternversammlung am Dienstag, den 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums Kaiser-Wilhelm-Straße. Thema: Was bedeutet die weltliche Erziehung und Arbeitsschule für die Kinder der Arbeiter, Angestellten und Beamten? Referent: Genosse Jiedert.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter bei mäßigen (schwachen bis mäßigen) Winden und zunehmender Erwärmung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Am Intranatteil unserer heutigen Ausgabe wird den „Vorwärts“-Lesern der Besuch des Bades Salzbrunn (Schiffen) durch die dortige Badebeiratsmitglieder empfohlen.

